

Beschluss des 8. Landesparteitages

1. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen 20.11.2021 in Bad Blankenburg

(Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen)

Hände weg von unserer Bahn!

Die Mobilitätswende gelingt nur mit der Deutschen Bahn, den Gewerkschaften sowie Umwelt- und Verkehrsverbänden zusammen! Die Pläne der Ampelkoalition, wesentliche Teile der Deutschen Bahn weiter zu privatisieren, führt zu einer Zerschlagung des Staatsunternehmens, was wir entschieden ablehnen!

Wir wehren uns mit aller Härte gegen die Zerschlagung der Deutschen Bahn als größten Mobilitätsdienstleister in dieser Republik. Noch gehört dieses Unternehmen uns allen - der Bevölkerung - und wir fordern die künftigen Regierungsfractionen auf, dies beizubehalten und die Deutsche Bahn wieder zu vergesellschaften.

Auf dem Spiel stehen allein in Thüringen über 3.500 Stellen bei der Deutschen Bahn. Den Betroffenen drohen durch eine weitere Privatisierung Lohneinbußen oder sogar eine Entlassung.

Statt einem Ausverkauf der gewinnträchtigsten Tochtergesellschaften wie DB Netze oder DB Schenker an Großinvestoren, fordern wir genau das Gegenteil:

Öffentliche Mobilität gehört in öffentliche Hand und muss von dieser auch bedarfsgerecht gesteuert werden! Es darf nicht sein, dass durch die weitere Privatisierung der Deutschen Bahn, diese unter einen massiven Kostendruck gerät (weil dann Gewinne aus anderen Geschäften fehlen), was höhere Ticketpreise, Qualitätsabbau, mangelnde Investitionen in Infrastruktur und Lohneinschränkungen zur Folge hätte.

Wir fordern:

Eine staatliche Mobilitätsgarantie für alle!

- Eine auskömmliche Finanzierung des ÖPNV im gesamten Freistaat durch eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel und die Bereitstellung der nötigen Kofinanzierungsmittel im Landeshaushalt,
- einen deutlichen Ausbau der ÖPNV-Angebote im ländlichen Raum, auch durch die Reaktivierung von Schienenstrecken und den Ausbau des Landesbusnetzes,
- Die Aufnahme der ÖPNV-Dienstleistungen als kommunale Pflichtaufgabe,
- Einen landeseigenen Tarif- und Verkehrsverbund,
- Den Erhalt des Azubitickets über das Jahr 2023 hinaus und die Ausweitung auf Schüler: innen der Klassen 11 und 12.
- Den Ausbau von Fahrgastrechten und Beförderungsgarantien, einer zentralen und unabhängigen Beschwerdestelle inkl. Ausgleichszahlungen sowie härterer Vertragsstrafen für Mobilitätsdienstleister bei Zugausfällen oder Verspätungen - auch im Nahverkehr.

- Kein Verkauf des Schienennetzes und damit höhere Trassen- oder Stationsgebühren für Eisenbahndienstleister. Das Gegenteil muss passieren: Es braucht eine Netzreform, bei der sowohl die Streckensicherung, als auch eine faire Streckenpreisstruktur im Vordergrund steht.
- Wir fordern stärkere Investitionen in die Schieneninfrastruktur, die in die Kosten-Nutzen-Bewertung auch Nachhaltigkeitsfaktoren mit einbezieht.
- Wir streiten für eine Kapazitäts- und Taktsteigerung der bisherigen Fahrzeugflotte der Deutschen Bahn und fordern statt jährlicher Preissteigerung eine Preissenkung für ÖPNV Nutzer: innen. Wir finden, Mobilität ist ein Menschenrecht. Nur das sichert die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Mobilität muss für alle bezahlbar und attraktiv sein. Das hilft dem Klimaschutz viel mehr, als höhere Steuern für die Allgemeinheit.

Wir rufen alle Mitglieder der Partei DIE LINKE auf, sich solidarisch mit den Bahnmitarbeiter: innen und auch für künftige Streiks Verständnis zu zeigen. Nicht die Beschäftigten, die für ihre Rechte kämpfen sind das Problem, sondern die verantwortungslose Regierungspolitik der künftigen Bundesregierung.